

Konfession, Sozialstruktur und Wahlverhalten

Bundesweite Trends und regionale Unterschiede

Wie wirken konfessionelle Bindungen im Zusammenspiel mit anderen sozialstrukturellen Merkmalen auf das Wahlverhalten der Bürger und damit auf die Stimmanteile der Parteien der Bundesrepublik? Dieser Frage soll in dem folgenden Beitrag in drei Schritten nachgegangen werden. Zuerst soll die konfessionelle Zusammensetzung unterschiedlicher Wählergruppen der drei im Bundestag vertretenen Parteien für die letzten Bundestagswahlen beschrieben werden. Sodann folgt ein Vergleich der wesentlichen sozialstrukturellen Faktoren der Wahlentscheidung und ein Aufweis der jeweiligen sozialstrukturellen Verankerungen der Parteien. Schließlich sollen einige auffällige Veränderungen in der Wählerpräferenz seit Bestehen der Bundesrepublik erwähnt werden.

I. Zur konfessionellen Zusammensetzung der Wählerschaft der Bundestagsparteien

Aus verschiedenen Umfragen zur Bundestagswahl 1976¹ ergeben sich weitgehend übereinstimmend die folgenden Schätzwerte für die konfessionelle Zusammensetzung der drei Bundestagsparteien: Die CDU/CSU blieb 1976 eine überwiegend katholische Partei. Ihre Wählerschaft setzt sich aus ca. 63% Katholiken und 37% Protestanten zusammen. Umgekehrt dominierte noch ausgeprägter die evangelische Konfession bei der SPD mit einem Anteil von 65% evangelischen Wählern und 35% katholischen Wählern. In der FDP-Wählerschaft ist das evangelische Element noch stärker vertreten: sie setzt sich aus 70% evangelischen und nur 30% katholischen Wählern zusammen.

Die Frage, ob sich signifikante Verschiebungen der konfessionellen Zusammensetzungen der Parteien im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 ergeben haben, läßt sich auf der Grundlage der vorliegenden Umfragedaten nicht exakt beantworten. Angesichts des vor der Bundestagswahl 1972 herrschenden Meinungsklimas sind sämtliche Umfragedaten im Verhältnis zum tatsächlichen Wahlergebnis von 1972 derart zugunsten der sozialliberalen Parteien verzerrt, daß alle Aussagen über den damaligen Konfessionsproporz in den Parteien unzuverlässig sind. Der Vergleich verschiedener Umfragen macht jedoch *wahrscheinlich*, daß die Gewinne der Unionsparteien 1976 ne-

ben der Stabilisierung und auch im Ausbau ihrer katholischen Wählersegmente vor allem auf das Konto von Gewinnen der sozialliberalen Koalition im evangelischen Wählersegment zurückzuführen sind. Geht man allein von den Wahlergebnissen aus, so gab es bei der Bundestagswahl 1976 in den evangelischen und katholischen Hochburgen mit durchschnittlichen Gewinnen von 2,7% und 2,8% keine signifikanten Unterschiede (evangelische Hochburg CDU = mehr als 43,8%; katholische Hochburg CDU = mehr als 63%). Diese Durchschnittswerte verdecken jedoch *starke regionale Unterschiede* im Wahlverhalten der Konfessionen. In Süddeutschland (ohne Bayern) und in Nordrhein-Westfalen waren die Gewinne der CDU in evangelischen Hochburgen und vor allem in überwiegend evangelischen Großstädten erheblich größer als in den katholischen Hochburgen und Großstädten (Nordrhein-Westfalen und Süddeutschland – ohne Bayern – Gewinne der CDU, im evangelischen Bereich Gewinne von 3,9% und 3,8% gegenüber 2,7% und 2,5% bei den Katholiken). Insgesamt zeichnet sich für Süddeutschland (einschließlich Hessens, des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes) und für Nordrhein-Westfalen ab, daß sich der *leichte Trend der Entzerrung des Konfessionsgefälles* in der Form einer Zunahme des evangelischen Wähleranteils, der sich schon in den Landtagswahlen 1972–1974 angedeutet hatte, auch hier fortsetzte. Das traditionelle Übergewicht katholischer Wähler wurde also durch noch stärkere Gewinne unter den evangelischen Wählern in Nordrhein-Westfalen und in Süddeutschland abgebaut. Dagegen kontrastiert das Wählerverhalten in Norddeutschland. Hier erzielte die CDU in den katholischen Hochburgen mit 3,3% deutlich überdurchschnittliche Gewinne, während gleichzeitig der Zuwachs der CDU mit 1,8% in den evangelischen Hochburgen weit unter dem regionalen Durchschnitt von 2,7% lag. Dieser Trend wird bestätigt durch die Ergebnisse von SPD und FDP in Norddeutschland, in Nordrhein-Westfalen und in Süddeutschland (ohne Bayern). In den protestantischen Hochburgen Norddeutschlands verlor die SPD gegenüber 1972 nur 1,7% (durchschnittliche Verluste der Gesamtregion – 2,4%), die FDP erzielte hier in Norddeutschland einen leichten Gewinn von 0,1% (Gesamtregion Norddeutschland – 0,3%). Demgegenüber verlor jedoch die SPD in Nordrhein-Westfalen in den protestantischen Hochburgen überproportional mit – 3,9% (Gesamtregion

gion – 3,5%; katholische Hochburgen nur – 2,0%), während die FDP auch hier einen leichten Gewinn von 0,3% verzeichnete. In Süddeutschland ging der Stimmenanteil der SPD allerdings nur in evangelischen Hochburgen mit 2,7% unterproportional zurück (durchschnittlicher regionaler Verlust – 3,5%), während aber die FDP in den evangelischen Hochburgen überproportional – 1,2% verlor (katholische Hochburgen + 0,4%!).

Bei Aufgliederung der Bevölkerung in Arbeiter, Angestellte und Beamte (= neuer Mittelstand), Selbständige und Landwirte (= alter Mittelstand) ergibt sich aus den Erhebungsdaten:

Bei den Arbeitern liegt die SPD mit einem Stimmenanteil von 52% gegenüber 42% für die Unionsparteien und 5% für die FDP weit vorn. Dieses Gesamtergebnis variiert jedoch drastisch unter katholischen und evangelischen Arbeitern: Bei den Katholiken führen die Unionsparteien mit weitem Abstand mit einem Stimmenanteil von 55% gegenüber 39% für die SPD und 3% für die FDP. Unter evangelischen Arbeitern hingegen liegen die Unionsparteien mit einem Anteil von 24% weit hinter der SPD, für die 67% der evangelischen Arbeiter votierten. Die FDP erreichte hier immerhin einen Stimmenanteil von 7–8%. Vergleiche mit Erhebungen zur BTW 1972 deuten an, daß es den Unionsparteien 1976 im Bereich der evangelischen Arbeiterschaft gelang, leichte Terraingewinne zu erzielen (ca. 3%), während ihr Stimmenanteil unter katholischen Arbeitern stagnierte. Im Bereich des neuen Mittelstandes der Angestellten und Beamten, in dem die Unionsparteien 1969 und 1972 von der SPD mit Stimmenanteilen von je 44–45% eingeholt worden waren (FDP 10–11%), gingen die Unionsparteien 1976 mit 48% gegenüber 41% für die SPD eindeutig in Führung, während die FDP weiterhin bei 11% stagnierte. Auch hier im neuen Mittelstand schlagen die konfessionellen Disparitäten der deutschen Parteienlandschaft wieder stark durch: während im katholischen neuen Mittelstand 65% für die Unionsparteien, 27% für die SPD und 8% für die FDP votierten, gaben unter den evangelischen Beamten und Angestellten 47% der SPD, 37% der CDU/CSU und 14% der FDP ihre Stimme. Im Vergleich zu 1972 verzeichneten die Unionsparteien auch hier wieder unter den evangelischen Wählern die stärksten Zuwachsraten (ca. 8–9%), während der Anteil der FDP in beiden Konfessionen gegenüber 1972 stagnierte.

Unter den Selbständigen (ohne Landwirte) verbesserten die Unionsparteien ihren traditionellen Vorsprung von 60% auf ca. 63–65%. Dabei liegen auch hier die Katholiken mit mindestens 70% vor dem Stimmenanteil der evangelischen Selbständigen von mindestens 60%. Eine annäherungsweise halbwegs genaue Ermittlung der Stimmenanteile von SPD und FDP und insbesondere ihre konfessionelle Aufgliederung ist mit Hilfe von Umfragedaten wegen des geringen Anteils der Selbständigen an der Gesamtbevölkerung (ohne Landwirte = 9%) nicht möglich. Das vorhandene Umfragematerial läßt für die SPD einen Stimmenanteil von 20–25% und für die FDP einen Rückgang von noch 19% bei der BTW 1965 auf 9–6% im

Oktober 1976 vermuten. Unter selbständigen Katholiken steigt der Anteil der Unionsparteien nach einigen Umfragen auf über 80%, bei den evangelischen Selbständigen auf über 60–70%. Für die SPD und die FDP schwanken die Anteile unter den katholischen Selbständigen zwischen 10 und 20% bzw. 7 und 4%. Bei den evangelischen Selbständigen variiert der Stimmenanteil der SPD in den Umfragen zwischen 21 und 31%, bei der FDP zwischen 12 und 8%. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 haben die Unionsparteien ihre Stimmengewinne auch unter den Selbständigen – auch hier allerdings auf der Grundlage einer deutlich ungünstigeren Ausgangsposition – im evangelischen Bereich erzielt.

Über die Landwirte, deren Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung der Bundesrepublik nur noch 3–4% beträgt, ergibt sich aus den Erhebungsdaten, daß die SPD und FDP, vor allem bezogen auf die Gesamtwählerschaft, nur noch als Spurenelemente vertreten sind. Der Stimmenanteil der Unionsparteien liegt in dieser kleinen Gruppe vermutlich bei über 80%, wobei im Rahmen dieses Durchschnittswertes die Katholiken noch mit etwa 5–10% vor den Protestanten liegen. Wie in den zuvor erwähnten anderen sozialen Gruppen lagen die Zuwachsraten der Unionsparteien im ländlich-evangelischen Bereich leicht über denen unter katholischen Landwirten.

Zusammenfassung: Zieht man die Veränderungen in der sozialen Struktur der Bundesrepublik im Zeitraum 1950 bis 1976 in Betracht, d.h. den Rückgang des Anteils der Arbeiter von 51 auf 42%, die Explosion der Gruppe der Angestellten und Beamten von 20,6 auf 44% und die Schrumpfung des Anteils der Selbständigen (unter Ein-schluß der Landwirte) von 28,3 auf 13%², nähert sich die CDU/CSU in ihren katholischen Wählersegmenten am ehesten dem Modell einer Volkspartei. Für sie votierten 40% der katholischen Arbeiter, über 60% der katholischen Angestellten und Beamten, also des in Zukunft noch weiter expandierenden neuen Mittelstandes, sowie über 80% der katholischen Selbständigen, des alten Mittelstandes. Dabei wird die monopolartige Stellung im alten Mittelstand durch die beschriebene und wohl noch weiter fortschreitende Schrumpfung dieser Gruppe ausgeglichen. Unter den evangelischen Wählern der Unionsparteien bestehen hingegen *starke Defizite*, unter den Arbeitern (Stimmenanteil von nur 24%), unter den Angestellten und Beamten (34%), womit gleichzeitig die umfassende Integration des evangelischen alten Mittelstandes auf Kosten der FDP in der Gesamtkomposition des evangelischen Wähleranteils der CDU/CSU politisch sehr viel stärker als bei den Katholiken zu Buche schlägt. Angesichts der starken Traditionsverhaftetheit und Versäulung der Arbeiterwähler und des hohen Sockels des CDU/CSU-Stimmenanteils im katholischen alten und neuen Mittelstand, die weitere Gewinne in diesen sozialen Gruppen unwahrscheinlich macht, ergeben sich hieraus klare Konsequenzen für den weiteren politischen Erfolg oder Mißerfolg der Unionsparteien: sie müssen sich um Terraingewinne in der evangelischen Wählerschaft bemühen. Als Zielgruppe bie-

tet sich hier primär vor allem der politisch labile, noch nicht eindeutig festgelegte evangelische neue Mittelstand an.

Der Vergleich der Sozialstruktur von FDP- und SPD-Wählerschaft zeigt einen *zunehmenden Grad der Übereinstimmung der sozialen Zusammensetzung ihrer Wählerschaft*. Mit der Ausscheidung des alten Mittelstandes aus der Wählerschaft der FDP besteht ihr Elektorat zu etwa 2/5 aus Arbeitern und Facharbeitern und 3/5 aus Angehörigen des neuen Mittelstandes. Mit einer Relation von 55% zu 45% von Arbeiterstimmen und Stimmen des neuen Mittelstandes ist die SPD immer noch überwiegend eine Arbeiterpartei geblieben. In Ansehung der vermutlichen weiteren Schrumpfung des Arbeiteranteils an der Gesamtbevölkerung und der weiteren Expansion des neuen Mittelstandes könnte sich hier jedoch schon in kurzer Zeit eine Pattsituation ergeben. In diesem Zusammenhang muß auch gesehen werden, daß der Begriff des Arbeiters im Hinblick auf die heute mit dem Typ des Facharbeiters verbundenen Qualifikationen und Tätigkeitsmerkmalen diffus geworden ist. Im Hinblick auf die starken konfessionellen Disparitäten in der SPD und FDP zugunsten des evangelischen Bevölkerungsanteils müssen beide Parteien in Zukunft sich darum bemühen, ihre Position im katholischen Wählermilieu, insbesondere aber im neuen katholischen Mittelstand, auszubauen. Im Zusammenhang mit der Bildungsexplosion hat die FDP als traditionelle Abiturienten- und Akademikerpartei durchaus Chancen, in katholische Wählersegmente akademischer Aufsteiger einzudringen. Analysen von Landtagswahlergebnissen (z. B. von Bayern) zeigen, daß ihr dies regional begrenzt schon gelungen ist.

II. Die Bedeutung der Konfessionszugehörigkeit für das Wahlverhalten

In der bisherigen Darstellung wurde lediglich die konfessionelle Zusammensetzung der Wähler der Bundestagsparteien geschildert. Aus ihr allein kann jedoch nicht die Bedeutung der Konfessionszugehörigkeit für das Wahlverhalten einzelner oder von Gruppen abgeleitet werden. Die Wahlentscheidungen der einzelnen und der gesellschaftlichen Gruppen sind das Ergebnis überaus komplexer und vielfältiger Ursachenverbindungen. In den verschiedenen sozialen Gruppen haben sie sich häufig in einem langen historischen Prozeß herausgebildet. In den Wahlentscheidungen drücken sich neben individuellen Veranlagungen und Einstellungen sowohl biologische Faktoren wie z. B. Geschlecht und Alter als auch soziale Merkmale wie die Zugehörigkeit zu bestimmten Berufsgruppen (Landwirte, Selbständige, Nichtselbständige, etc.), der Bildungsstand (Volksschulabschluß, Abitur, Hochschulstudium) und daneben religiöse Faktoren aus. Versucht man eine Gewichtung der Bedeutung dieser und anderer Faktoren für die Wahlentscheidung zugunsten der CDU/CSU, der SPD und der FDP, so ergibt sich seit vielen Jahren aus zahlreichen Untersuchungen der Wähler-

verhaltensforschung ein sehr eindeutiges Bild. Der wichtigste Faktor für eine Wahlentscheidung zugunsten der CDU/CSU ist die *Intensität der kirchlichen Bindung*, gemessen an der Kirchgangshäufigkeit, für die SPD die Mitgliedschaft in Gewerkschaften, und für die FDP ein hoher Standard formaler Bildung.

Ihre Bedeutsamkeit für die Wahlentscheidung gewinnen kirchliche Bindung und Mitgliedschaft in Gewerkschaften, weil sie das jeweilige Individuum in eine Bezugsgruppe und einen Kommunikationskreis einbringen, die sich durch eine spezifische Ausrichtung ihrer Werthaltungen zu politischen Fragen und politischen Traditionen und Bindungen auszeichnen, wenngleich weder die Kirchen noch die Gewerkschaften primär als politische Kräfte wahrgenommen werden. Durch die aktive Teilhabe am Leben in den Kirchen vermittelt des Kirchgangs und somit auch durch den Zugang zu einer christlichen Welt- und Gesellschaftsdeutung einerseits und durch die Nähe zu einer ausgeprägten politischen Bindung der Gewerkschaften an die Sozialdemokratie vermittelt der Gewerkschaftsmemberschaft andererseits werden die Normen und Einstellungen dieser großen gesellschaftlichen Gruppierungen von den einzelnen Bürgern mit übernommen und durch wiederholte Betätigung in diesen Bezugsgruppen stabil gehalten. Somit entstehen feste Bindungen an Parteien wie CDU und SPD. Selbstverständlich können auch Abweichungen von dieser Regel der Parteibindung vorkommen, vor allem dann, wenn beispielsweise ein Individuum sowohl regelmäßig zur Kirche geht als auch Mitglied einer Gewerkschaft ist. In diesen Fällen, in denen der Bürger „cross-pressures“ ausgesetzt ist, entscheiden relative Intensität der Bindung, z. B. an die Kirche, und andere eher sozialpsychologische Faktoren.

Man kann also durchgängig davon ausgehen, daß die CDU/CSU in Wahlkreisen mit starker (d. h. regelmäßiger) oder auch schon „mäßiger“ Kirchgangshäufigkeit – d. h. „ab und zu“ – nachhaltig begünstigt wird. Dabei ergibt sich für die Wahlentscheidung zugunsten der Unionsparteien wieder ein *nicht unerhebliches Gefälle zwischen Katholiken und Protestanten*. Dies könnte allerdings vielleicht daran liegen, daß regelmäßiger sonntäglicher Kirchenbesuch im evangelischen Bereich nicht den gleichen Stellenwert für die Intensität kirchlicher Bindung hat wie unter Katholiken. Bei Umfragen schnell durchgängig der Stimmenanteil der Unionsparteien (unter regelmäßigen katholischen Kirchgängern) auf über 80% an und liegt selbst beim „mäßigen“ Kirchenbesuch noch bei ca. 60%. Er fällt umgekehrt bei fehlender kirchlicher Bindung – Kirchgang = „selten oder nie“ – drastisch auf 24% zurück. Die entsprechenden Daten für evangelische Wähler lauten: 52% (regelmäßiger Kirchgangsb.), 40% (mäßiger Kirchgangsb.), 26% (keine kirchliche Bindung). Während von den kirchlich stark gebundenen Katholiken nur eine kleine Minderheit FDP wählt (ca. 3%) und der FDP-Anteil auch unter mäßig und nicht mehr kirchlich gebundenen Katholiken nicht über 4–5% hinausgeht, entfällt auf die FDP unter evangelischen Wählern mit oder ohne

kirchliche Bindung ziemlich konstant ein Stimmenanteil von 8–10%. Gerade unter kirchlich stark gebundenen evangelischen Wählern scheint das Votum für die FDP sogar leicht über diesen Werten zu liegen. Bei der SPD steigt ihr Stimmenanteil unter Katholiken ohne kirchliche Bindung auf 72% gegenüber nur 63% bei Protestanten. Auch andere Umfrageergebnisse zeigen, daß unter kirchlich nicht mehr gebundenen Katholiken die Distanzierung von den Unionsparteien zugunsten der SPD ausgeprägter als unter säkularisierten Protestanten ist. Es wird somit deutlich, wie sich der Rückzug aus dem kirchlichen Kommunikationsfeld vor allem durch die zunehmende Bereitschaft manifestiert, nicht die Unionsparteien zu wählen. In diesem Zusammenhang stellt sich für die Unionsparteien *das Problem des kontinuierlichen Rückgangs der Kirchgangshäufigkeit seit 1953* mit besonderer Dringlichkeit. Während noch 1953 etwa 60% der Katholiken regelmäßig die Kirche besuchten und der Rest sich gleichmäßig auf 20% mäßige und 20% Nichtkirchgänger aufteilte, verschob sich diese Relation bis 1976 auf ca. 40% regelmäßige und 26% mäßige Kirchgänger, während der Anteil der säkularisierten Katholiken auf 34% stieg. Im evangelischen Bereich ging von 1953 bis 1976 die Zahl der regelmäßigen Kirchgänger drastisch von 19% auf 6% zurück. Die Gruppe der „mäßigen Kirchgänger“ nahm zwar nur leicht von 33% auf 31% ab, während hingegen der Block der Protestanten ohne kirchliche Bindung von 48% auf 63% zur großen Mehrheit wurde. Es bleibt also festzuhalten: Im Hinblick auf den starken Rückgang der Intensität der kirchlichen Bindung unter Protestanten ist der Anteil der evangelischen Wähler am Gesamtektorat der CDU, der wegen religiöser Bindungen die Unionsparteien wählt, auf ca. 2% zusammengeschrumpft. Die religiös Motivierten stellen bei einem Stimmenanteil der Protestanten an den Unionswählern von 37% nur noch eine kleine Minderheit dar.

Ähnliche, aber umgekehrte Relationen ergeben sich bei der SPD im Hinblick auf den *Faktor gewerkschaftliche Zugehörigkeit*. Die Wahrscheinlichkeit einer Wahlentscheidung für die SPD nimmt hier selbst dann schon stark zu, wenn nur ein Mitglied des Haushaltes gewerkschaftlich organisiert ist. Typischerweise schnellte das Votum für die SPD in industrialisierten Ballungsräumen mit hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad steil nach oben, während die SPD in mittelständischen Industriegebieten und verarbeitenden „neuen“ Industrien mit geringerem gewerkschaftlichem Organisationsgrad deutlich schlechter abschneidet. Desgleichen nimmt in Wahlkreisen mit einem besonders hohen Anteil von Abiturienten und Akademikern die Wahrscheinlichkeit eines günstigen Abschneidens der FDP zu.

Die bisherige Analyse ging lediglich davon aus, *daß die Unionsparteien bei starkem und mäßigem Kirchgang weitaus besser abschneiden als in einem säkularisierten Wählermilieu*. Bei dieser Betrachtung bleibt zu berücksichtigen, daß bei der Entscheidung katholischer und evangelischer Wähler für die CDU/CSU nicht nur die In-

tensität direkter kirchlicher Bindung in der Form des Kirchgangs, sondern auch andere, oft schwer meßbare Zugehörigkeitsgefühle zum religiös-sozialen Milieu eine Rolle spielen können. Ferner gewinnen darüber hinaus auch historisch bedingte, lokale Besonderheiten und viele der eingangs erwähnten sozialen Faktoren wie Berufssituation, Wohnsitz und Bildung (z.B. Bauern, Selbständige) Bedeutung. Das Gewicht, das speziell die Konfession im Vergleich zu anderen sozialstrukturellen Faktoren bei der Erklärung der unterschiedlichen Parteienteile besitzt, kann durch verschiedene statistische Verfahren recht genau ermittelt werden.

Untersucht man mit Hilfe dieses Verfahrens die Beziehungen zwischen den protestantischen und katholischen Bevölkerungsanteilen einerseits und den Wahlergebnissen der Parteien andererseits, so stellt sich folgendes heraus: Ganz allgemein gilt, *daß die CDU von dem Faktor Konfession in sehr viel stärkerem Maße abhängig als die SPD und diese wiederum abhängiger als die FDP ist*. Die beiden Konfessionen wirken dabei in unterschiedliche Richtungen. Ein hoher Katholikenanteil kommt durchweg der Union zugute, die SPD und FDP profitieren von einem hohen Protestantenanteil in der Bevölkerung. Umgekehrt wirken sich Protestantenanteile ungünstig für die CDU/CSU, Katholikenanteile zum Nachteil der Koalitionsparteien aus. Mißt man die Intensität der Wirkungsweise, die von beiden Konfessionen ausgeht, werden die schon aus der höheren Kirchgangshäufigkeit von Katholiken bekannten Daten erneut bestätigt: daß nämlich katholische Konfessionszugehörigkeit sowohl in begünstigender wie benachteiligender Weise stärker politisch bedeutsam ist als evangelische Konfessionszugehörigkeit. Dabei ergeben sich allerdings Unterschiede zwischen den Bundes- und Landtagswahlen. Bei Landtagswahlen schlägt der Konfessionsfaktor in der Regel nicht so stark durch wie bei Bundestagswahlen; er erstreckt sich in seinen Inhalten eher auf politische Grundsatzfragen.

Diese grundsätzlichen Beziehungsmuster zwischen Konfessionsanteilen in der Bevölkerung und dem Wahlergebnis gelten auch für die einzelnen Bundesländer und andere großräumige Regionen. Allerdings finden sich auch einige wichtige Abweichungen von den Trends auf Bundesebene. Für die nördlichen Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen ist die minimal geringe Bedeutung der protestantischen Konfessionszugehörigkeit für das Abschneiden aller Parteien auffällig. Der Zusammenhang von protestantischem Bevölkerungsanteil und der Ergebnisse der Parteien ist weit schwächer als in anderen Ländern und auch geringer als der Zusammenhang zwischen katholischem Bevölkerungsanteil und Parteienteilen in diesem Raum. Die Entscheidung der evangelischen Wähler Norddeutschlands wird also nicht primär durch konfessionell-religiöse Faktoren, sondern durch sozialstrukturelle Determinanten wie Alter, Bildungsstand und Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen geprägt. Dies kann man dahingehend interpre-

tieren, daß in diesen protestantischen Bundesländern die christliche Profilierung der Unionsparteien kein Hindernis für eine Steigerung ihres Stimmenanteils bedeuten muß. Derselbe Sachverhalt kann vielleicht auch bedeuten, daß die Chancen von Parteien ohne christlich programmatische Ausrichtung in dieser Region sehr groß sind. Die große Unbekannte bilden in diesem Zusammenhang in der Umfrageforschung die *konfessionellen Vorurteile*. Es spricht einiges dafür, daß gerade im evangelisch-säkularisierten Bereich unter den Wählern, die die nach dem Kriege vollzogene Annäherung der kirchlich gebundenen Bevölkerungsgruppen nicht mitvollzogen haben, die alten anti-katholischen Vorurteile aus dem 19. Jahrhundert und der Zeit des Kulturkampfes Bismarcks noch immer munter weiterleben.

Dies wäre angesichts des katholischen „Images“ der Unionsparteien in Norddeutschland ein schwer zu übersehendes Hindernis für weitere Stimmengewinne der CDU. Die *Intensität des Zusammenhangs zwischen Konfession und Wahlergebnis wächst von Nord nach Süd*, ein Resultat, welches vor allem auf die Ballung des katholischen Bevölkerungsanteils im Süden der Bundesrepublik zurückzuführen ist. Bei einer länderweisen Analyse ergibt sich zumeist das bundesweite Beziehungsmuster. Ausnahmen bilden Hessen, Bayern und Rheinland-Pfalz. In Hessen und Bayern hängt das positive wie negative Abschneiden der SPD stärker von dem Faktor Konfession ab als das Wahlergebnis der Unionsparteien. Zudem ist in Hessen und Bayern eine besonders starke Wirkung der protestantischen Konfessionszugehörigkeit zugunsten der Unionsparteien zu verzeichnen. Die Union weicht also in diesen Ländern von den üblichen Mustern konfessioneller Verankerung ab. In Rheinland-Pfalz erreicht die Bedeutung der katholischen Konfessionszugehörigkeit für eine Wahlentscheidung zugunsten der CDU bundesweit die höchsten Werte.

Das Wahlergebnis der FDP wird im allgemeinen nur marginal von dem Faktor Konfession beeinflusst. Vor allem in Hessen ist die FDP die Partei der extrem Säkularisierten. Eine Ausnahme bildet Baden-Württemberg. Gerade innerhalb der liberalen Tradition Baden-Württembergs manifestiert sich bei der FDP eine von allen anderen Bundesländern abweichende noch vorhandene intensive evangelisch-konfessionelle Determiniertheit der FDP, die deutlich über den entsprechenden Werten für die CDU und SPD liegt.

All diese in groben Umrissen dargelegten Ergebnisse dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Die Wirkungsweise des Faktors Konfession ist vielfach in den Kontext umfassender sozialer und wirtschaftlicher Faktoren der Wahlentscheidung eingebettet, die z.T. das Resultat jahrhundertelanger Traditionen und Entwicklungen sind. Unterschiedliche Berufs-, Betriebs- und Wirtschaftsstrukturen und konfessionelle Zusammensetzungen wirken als zusätzliche Filter und verändern die Beziehungen zwischen Wahlentscheidungen und konfessioneller Bindung fortlaufend, so daß hier im einzelnen differenzierte Untersuchungen anzustellen wären.

III. Die historische Entwicklung der Wahlpräferenz in der Bundesrepublik

Zuverlässige Untersuchungen über die Verschiebungen in der sozialen und konfessionellen Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien seit Bestehen der Bundesrepublik gibt es noch nicht. Bei einem Vergleich der Bundestagswahlergebnisse der Unionsparteien von 1953 bis 1976 fällt jedoch auf, daß die Unionsparteien mit Ausnahme Schleswig-Holsteins, Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes ihre Positionen durchweg aufbauen oder zumindest stabilisieren konnten (Rheinland-Pfalz). Für das konfessionell homogen evangelische Bundesland Schleswig-Holstein sind hierbei erratische Sprünge des Verhaltens ihrer Wähler sowohl bei den Landtags- wie bei den Bundestagswahlen charakteristisch. Schleswig-Holstein ist innerhalb der Bundesrepublik *das* klassische Land der Wechselwähler, dessen Gewicht im Hinblick auf die geringe Einwohnerzahl für die Gesamtergebnisse der Bundestagswahlen allerdings nur wenig ins Gewicht fallen. Demgegenüber gewinnt der starke Rückgang des Stimmenanteils der CDU in Nordrhein-Westfalen von 54,4% bei der BTW 1957 auf nur 41,0% 1972 (1976 = 44,5%) wegen des hohen Anteils der Wählerschaft dieses Bundeslandes an der Gesamtwählerschaft der Bundesrepublik (ca. 1/3) eine schicksalhafte Bedeutung für den Sieg oder die Niederlage der Unionsparteien. Noch rückläufiger ist der Stimmenanteil der CDU im Ruhrgebiet von ca. 48% bei der BTW 1957 auf lediglich 31% bei der BTW 1972 (BTW 1976 = 34%). Ähnlich dramatisch ging der Anteil des Stimmenanteils der CDU im Saargebiet von 54,5% bei der BTW 1957 (SPD = 25,1%, FDP = 18,2%, sonstige = 2,2%) bis 1972 auf 43,4% (SPD = 47,9%, FDP = 7,1%) zurück (bei der BTW 1976 = 46,2%, SPD = 46,1%, FDP = 6,6%). Als plausible Erklärung für diese Entwicklung des Wählerverhaltens in Nordrhein-Westfalen und im Saarland bietet sich die These an, daß der SPD hier im Unterschied zum übrigen Bundesgebiet wirklich *starke Einbrüche vor allem im Bereich der katholischen Arbeiter* gelungen sind. Offensichtlich begünstigte das alte Zentrumsmilieu mit seinem dichten Netz sozialer Organisationen die Unionsparteien unter katholischen Arbeitern noch bis zur BTW 1957. Mit zunehmendem Einfluß der Einheitsgewerkschaft zugunsten der SPD brach dann im katholischen Arbeitermilieu der alte Zentrumsturm ein. Daß diese These sehr wahrscheinlich zutrifft, zeigt gerade das Beispiel des Saarlandes, in dem die SPD bis 1957, also bis zum Anschluß an die Bundesrepublik, eine absolut nachgeordnete Rolle spielte. Diesem Anschluß folgte die Auflösung der alten christlichen Gewerkschaften und ihre Integration in Einheitsgewerkschaften. Angesichts aller uns bekannten Daten über die enge Korrelation von Gewerkschaftszugehörigkeit und SPD-Votum bedeutet dies, daß der Verzicht auf christliche Gewerkschaften entscheidend zu den Erfolgen der SPD unter katholischen Arbeitern in Nordrhein-Westfalen und der Saar beigetragen und damit schicksalhafte Bedeutung für den Ausgang der Bundestagswahlen seit 1965 erhalten hat.

Das Grundmuster, nach dem sich die Wählerschaft der Bundesrepublik unterteilen läßt, zeigt die konfessionell gebundenen Bevölkerungsanteile, unter ihnen vor allem die Katholiken einerseits und das Milieu der gewerkschaftlich geprägten Arbeitnehmerschaft auf der anderen Seite der Wählerschaft. Wie in der Vergangenheit, so wird sich auch bei zukünftigen Wahlen Erfolg oder Niederlage von der Bewegung zwischen diesen beiden Polen der Wahlbevölkerung herleiten. Für die Kirchen bedeutet dies, daß ihre oft diskutierte Stellung im Bewußtsein der Öffentlichkeit nicht allein eine Frage der religiösen Bindungen in der Bevölkerung ist. Kirchliche Bindungen werden durch konfessionell geprägte Wähler zu einem Politikum hohen Ausmaßes. *Dieter Oberndörfer*

Anmerkungen:

¹Benutzt wurden Umfragedaten des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung aus den Jahren 1972–1976 sowie Daten, die in folgenden Aufsätzen publiziert wurden:

- Berger, M./Gibarski W./Roth D./Schulte W.: Die BTW 1976. Politik und Sozialstruktur oder: wider die falsche Einheit der Wahlforschung.: Zeitschrift für Parlamentsfragen 8 (1977), S. 197
- Kaase, Max: Die BTW 1972: Probleme und Analysen, in: Politische Vierteljahresschrift 14 (1973), S. 145 ff.
- Pappi, Franz U.: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift 14 (1973) S. 191 ff.

Ferner wurden die Ergebnisse von Aggregatdatenanalysen herangezogen, die an meinem Lehrstuhl, insbesondere von G. Mielke, durchgeführt wurden.

²Die Daten über 1976 stützen sich auf Schätzungen auf der Grundlage der in den offiziellen Veröffentlichungen des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes sich bis 1975 abzeichnenden Tendenz.

Zur Integration der Spätaussiedler

Situation, Probleme, Hilfen

In den Jahren 1950 bis 1976 wurden ca. 850 000 Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen. Als erste Aufnahmeinstanzen fungierten dabei die beiden Grenzdurchgangslager Friedland und Nürnberg. Die Aussiedler sind als Sondergruppe der Vertriebenen im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes § 1 Abs. 2 Ziff. 3 zu verstehen, wonach als Vertriebener auch derjenige gilt, der nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden Gebiete verlassen hat oder verläßt. In den letzten Jahren wurde zunehmend die Bezeichnung „Spätaussiedler“ oder „Übersiedler“ üblich, die eine Personengruppe beschrieb, die im Anschluß an die Ostverträge 1967 bzw. 1970 in die Bundesrepublik kam. Die Statistiken der letzten Jahre lassen die Vermutung zu, daß die Zahl der Aus- bzw. Übersiedler ständig ansteigt.

Gründe für die Aussiedlung

Während im Jahre 1976 insgesamt 44 402 Aussiedler in der Bundesrepublik aufgenommen wurden, betrug die Zahl im Jahre 1977 bereits 54 256.

Davon kamen:

aus dem polnischen Bereich	32 861	(60,6%)
aus Rumänien	10 989	(20,3%)
aus dem sowjetischen Bereich	9 274	(17,1%)
aus der Tschechoslowakei	612	(1,1%)
aus Jugoslawien	237	(0,4%)
aus Ungarn	189	(0,3%)
aus den übrigen Herkunftsgebieten (einschließlich Vertriebene aus dem freien Ausland)	94	(0,2%)
	<hr/>	
	54 256	(100,0%)

Die Altersgruppierung der 1977 Ausgesiedelten ergibt folgendes Bild:

0 bis 6 Jahre	3 442	(6,3%)
6 bis 18 Jahre	12 438	(23,0%)
18 bis 25 Jahre	7 098	(13,1%)
25 bis 45 Jahre	16 549	(30,5%)
45 bis 65 Jahre	10 002	(18,4%)
über 65 Jahre	4 727	(8,7%)
	<hr/>	
	54 256	(100,0%)

Die Verteilung der Aussiedler auf die einzelnen Bundesländer sah 1977 so aus (Die Gesamtzahl weicht von der der aufgenommenen Aussiedler geringfügig ab):

Nordrhein-Westfalen	22 148	(41,3%)
Baden-Württemberg	9 449	(17,6%)
Bayern	7 443	(13,9%)
Hessen	4 504	(8,4%)
Niedersachsen	4 244	(7,9%)
Rheinland-Pfalz	2 202	(4,1%)
Hamburg	1 041	(1,9%)
Berlin	885	(1,6%)
Schleswig-Holstein	599	(1,1%)
Saarland	571	(1,1%)
Bremen	565	(1,1%)
	<hr/>	
	53 651	(100,0%)

Konfessionell waren die Aussiedler zu 71,2% katholisch, zu 27,0% evangelisch und zu 1,8% sonstige.

Die Gründe für die Aussiedlung sind differenziert zu sehen:

- Die Deutschen, die im Osten leben, empfinden die ehemals deutschen Gebiete nicht mehr als ihre Heimat, weil sie inmitten eines fremden Volkes leben. Sie wollen als Deutsche zusammen mit Deutschen leben.